

# Protestschreiben an die EU

## Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim agiert international

Hockenheim. Die Bürgerinitiative Stille Schiene BISS Hockenheim teilt mit, dass sie sich jetzt an einem Protestschreiben an die Europäische Union beteiligt hat. Darin betont die Initiative, dass „nachdem die Bundesregierung im Koalitionsvertrag eindeutig vereinbart hatte, dass auf deutschen Gleisen bereits ab 2020 keine Güterzüge mit veralteter und besonders lärmintensiver Grauguss-Bremstechnik mehr eingesetzt werden sollen und man seitens der Regierung auch die Bereitschaft signalisiert hatte, dieses Ziel gegebenenfalls mit Hilfe von Nachtfahrverboten für laute Güterzüge durchzusetzen, versuchten die Interessenverbände der Bahnbetreiber zunächst noch, dieses Szenario durch massiven Druck auf Bundestagsabgeordnete, Mitglieder des Verkehrsausschusses sowie der Bundesregierung zu verhindern. Als man erkannte, dass

das wohl nicht so einfach funktionieren würde, ging man nach Brüssel. Dort fand man wiederum bei der erst im November 2014 eingesetzten EU-Verkehrskommissarin Violetta Bulc ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Bahnbetreiber, woraufhin Frau Bulc einen Brief an den deutschen Verkehrsminister Dobrindt formulierte und diesem mitteilte, dass die Deutschen doch gefälligst von einem nationalen Alleingang absehen mögen und die endgültige und verpflichtende Verwendung leiserer Bremstechniken an Güterzügen gemeinsam mit allen EU-Staaten auf Basis einer EU-Richtlinie abwarten sollten. Diese Richtlinie werde 2022 kommen und bis zum Jahr 2026 umgesetzt werden, was wiederum eine durchgehende und technisch recht einfach realisierbare Absenkung des heutigen Bahnlärm-Niveaus um nahezu 50 Prozent um weitere elf

Jahre in die Zukunft verschoben würde.“ In einer ebenfalls von der Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim e.V. unterzeichneten Erklärung der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm bringt diese ihren Protest gegen das Vorgehen der EU-Verkehrskommissarin deutlich zum Ausdruck und wirft Violetta Bulc „ein Einknicken vor den Interessen- und Lobby-Verbänden der europäischen Bahnbetreiber vor. Für die Anlieger deutscher Güterbahnstrecken und insbesondere die Betroffenen entlang der Transversale Rotterdam-Genova sei es völlig inakzeptabel, weitere elf Jahre ihre Gesundheit und ihren erholsamen Schlaf den Profitinteressen der Bahnindustrie zu opfern. Auch an die Berliner Bundesregierung erging die Aufforderung, der unberechtigten und gesetzlich nicht abgesicherten Vorgehensweise der EU-Kommission keinesfalls nachzugeben.“ zg